

Wien, am Dienstag, den 18. Jänner 1927 (Zweite Ausgabe)

Keine Grippeepidemie in Wien. Gegenüber den in den verschiedenen Zeitungen gemeldeten Grippeepidemien in den einzelnen Städten des Deutschen Reiches, Ungarns und der Tschechoslowakei teilt das städtische Gesundheitsamt folgendes mit: Es ist unzweifelhaft, dass augenblicklich der Wetterlage entsprechend, eine Zahl von fieberhaften, katarrhalischen Erkrankungen der Atmungsorgane in Wien vorhanden ist. Darunter dürften auch einzelne Grippefälle sein. Doch kann von einer Grippeepidemie in Wien unter gar keiner Bedingung gesprochen werden. Auch die vielfach zum Ausdruck kommende Meinung, dass unter dem Bild der Lungenentzündung verlaufende Grippe in Wien vorhanden sein könnte, ist sicher falsch. Dies erweist auch die Statistik. Die bis nun im Jänner vorhandene Sterblichkeit an Lungenentzündung bleibt hinter der durchschnittlichen Sterblichkeit im Monat Jänner sicher zurück. Um nun mit dem vergangenen Jahre einen Vergleich zu ziehen, sei betont, dass im Jahre 1926 im Monat Jänner 206 Personen an Lungenentzündung gestorben sind. In den ersten sieben Jännertagen dieses Jahres sind 69 Personen an Lungenentzündung gestorben. Die Gemeinde Wien besorgt nahezu alle Krankentransporte, wodurch sie ohne Schwierigkeiten auch die Zahl der Grippe Transporte festhalten kann. Nun sind die bisherigen Grippe Transporte so gering, dass sie überhaupt nicht aufgefallen sind. Es zeigt sich sogar, dass die Zahl der Transporte im allgemeinen im Jänner 1927 gegenüber Dezember 1926 zurückgegangen ist. Was die Prophylaxe anbelangt, gilt das bisher in den früheren Jahren verfügte. Es wurde mit der Leitung der Fondskrankenanstalten die Bereitstellung von Betten in den verschiedenen Spitälern vereinbart. Die Gemeinde Wien stellt in ihrem eigenen Spital ebenfalls Betten für an Grippe Erkrankte zur Verfügung. Den praktischen Ärzten wurde die Anmeldepflicht für Grippe Kranke in Erinnerung gerufen.

Es kann also in Wien gegenwärtig von Grippe überhaupt nicht gesprochen werden. Was die Meldungen wegen Ueberfüllung der Spitäler anlangt, muss bemerkt werden, dass in den Wintermonaten die Spitäler immer überfüllt sind, aber heuer gewiss nicht mit Grippekranken. Die dem städtischen Gesundheitsamt zur Verfügung stehende Statistik des Spitales der Stadt Wien lehrt, dass augenblicklich unter den dort befindlichen tausend Kranken nur vier Grippe Kranke sind. Das ist gewiss eine verschwindend kleine Zahl. Ein Todesfall an Grippe wurde im Jänner nicht gemeldet.

Mittelschulreform und Hochschule. Am Dienstag, den 25. Jänner, sieben Uhr abends, spricht Landeschulinspektor Dr. Karl Furtmüller im Hörsaal I des Pädagogischen Institutes, VII., Burggasse 14, über Mittelschulreform und Hochschule. Gäste willkommen.

Reine Strassenbahnwagen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat die Bediensteten angewiesen der Reinhaltung der Wagen ein besonderes Auehmerk zuzuwenden. Diese Verfügung wurde deshalb erlassen, weil zahlreiche Beschwerden von Strassenbahnfahrern über den unsauberen Zustand der Wagen laut geworden sind. Es wäre dringend zu wünschen, dass die Fahrgäste mehr als bisher die Wagen der Strassenbahn und der elektrischen Stadtbahn rein halten. Insbesondere das Wegwerfen von Fahrscheinen, Ueberresten von Zigarren und Zigaretten und anderen Abfällen sollte unterlassen werden. Jeder Fahrgast sollte die möglichste Rücksicht auf die übrigen Fahrgäste nehmen.

Redner wünscht, dass in Lains wieder eine genügende Zahl von Seelsorgern angestellt werde und beschäftigt sich dann mit den Verhältnissen im Altersheim Mauerbach. Dort wurde seinerzeit der Seelsorger abgebaut worauf der Pfarrer von Mauerbach den Seelsorgedienst freiwillig übernahm und ihm monatelang versehen hat ohne dafür von der Gemeinde eine Remuneration zu erhalten. Man könne doch auch von dem opferfreudigsten Priester nicht verlangen, ein Amt unentgeltlich auszuüben. Die Gemeinde möge wieder im Altersheim Mauerbach einen Seelsorger anstellen. Die Friedhofsverhältnisse besprechend berweist Redner auf das Ueberhandnehmen der Diebstähle und führt einige besonders krassen Fälle an.

Man möge auch die christliche Caritas unterstützen, nicht aber wie es geschieht, die Barmherzigen Schwestern mit einer drückenden Wohnbausteuer belasten. Schliesslich tritt Redner für die Förderung der privaten Wohltätigkeit ein, um sie zu befähigen neben der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu wirken.

G. Rtin. Wielisch (chr. soz.) bezeichnet die derzeitigen Erhaltungsbeiträge als unzuführend. Es sei sehr begrüssenswert, dass der Referent eine Erhöhung zusagte, hoffentlich werde sie in liberaler Weise bemessen werden. Dann kritisiert sie die Zustände in den städtischen Wohlfahrtsanstalten, insbesondere die Zubereitung der Speisen lasse viel zu wünschen übrig. Im Obdachlosenheim liegen die Verhältnisse gleichfalls im Argen.

Rednerin stellt den Antrag: Die Obdachlosenfürsorge wäre so auszubauen, dass die Unterbringung von Familien ohne Trennung der einzelnen Familienmitglieder stattfinde, wenn die Erhebungen ergeben haben, dass ein ausgesprochenen Familiensinn besteht. Bei der Wahl der Pflegeeltern für verwaiste Kleinkinder sollte eine Auslese in moralischer, ethischer und gesundheitlicher Beziehung erfolgen. In der Waisenfürsorge sollte die Erziehung der Kinder im Sinne und Geiste ihrer Eltern weitergeleitet werden. Bezüglich der Friedhofsfrage bringt Rednerin eine Reihe von Wünschen vor, insbesondere bemängelt sie die hohen Preise für Einzelgräber und stellt schliesslich den Antrag, in Fällen, in denen Gräber an die Gemeinde anheim fallen, seien die Parteien mindestens drei Monate vor Ablauf der Verfallsfrist zu verständigen.

G. R. Erbau (chr. soz.) beschäftigt sich mit der Angelegenheit der Verlegung des Bürgerversorgungshauses. Er bringt dabei zur Sprache, dass GR. Schleifer gegen den christlichsozialen Bezirksrat Gold, der in der Bezirksvertretungssitzung des 9. Bezirkes wegen der Verlegung des Bürgerversorgungshauses Kritik übte, eine Klage einbrachte.

Bei diesen Worten entsteht bei den Christlichsozialen grosse Unruhe. Gemeinderat Schleifer ruft dem GR. Erbau entgegen: Der Herr Gold muss mir beweisen, dass mich die Pflinglinge/hinausgeworfen haben. Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist Ihre Demokratie.

GR. Erbau fortfahrend: Herr Kollege Schleifer hat sich nämlich im Bürgerversorgungshaus als Inspektionsorgan gebürdet und erklärt, er sei als Mitglied des Dreierausschusses von Herrn Professor Tandler mit der Aufsichtigung und Verwaltung des Bürgerversorgungshauses betraut worden. Ich stelle daher an den Herrn amtsführenden Stadtrat die dringende Anfrage, uns zu sagen, ob die Behauptung des Herrn GR. Schleifer auf Wahrheit beruhe.

StR. Professor Tandler verneint durch eine Geste. Darauf grosse Unruhe bei den Christlichsozialen und Rufe: Unerhörter Schwindel! Das ist Anmassung des Amtscharakters! Das ist Betrug! Der Vorsitzende Vizebürgermeister Hoss mahnt mehrere Male zur Ruhe.

GR. Erbau verlangt dann eine Untersuchung, wieso GR. Schleifer zu dem Recht kommt, solches zu behaupten. Er stellt den Antrag in dieser Angelegenheit eine Untersuchungskommission einzusetzen. Schliesslich erklärt der Redner, dass sich die Christlichsozialen der demokratischen Rechte nicht berauben lassen werden. Für die Verlegung des Bürgerversorgungshauses gibt es kein Argument und es ist nur im Sinne der Stifter, der Pflinglinge und der Privilegien gelegen, das Bürgerversorgungshaus weiter zu erhalten.

Inzwischen ist es neun Uhr geworden und Vizebürgermeister Hoss bricht die Spezialdebatte ab.